

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Teuerung im Januar wieder angezogen

Bern (AP) Die Teuerung hat in der Schweiz wieder angezogen. Der vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) berechnete Landesindex der Konsumentenpreise stieg im Januar gegenüber dem Vormonat um 0,6 Prozent an und erreichte den Stand von 109,2 Punkten (Dezember 1982 = 100 Punkte). Innert Jahresfrist betrug die Teuerung 0,7 Prozent, verglichen mit stabilen Preisen im Dezember 1986. Im Januar 1986 hatte die Teuerung noch 2,2 Prozent betragen, wie das Biga am Montag mitteilte.

Die Zunahme des Landesindex um 0,6 Prozent gegenüber dem Vormonat ist laut Biga zu einem grossen Teil auf die stark gestiegenen Heizölpreise zurückzuführen, erhöhte sich doch die Gruppenziffer für Heizung und Beleuchtung um 7,7 Prozent. Innert Monatsfrist verteuerten sich die Heizölpreise um 16,7 Prozent, doch lagen sie immer noch um 34,9 Prozent unter dem Vorjahresstand. Um 1,0 Prozent über dem Vorjahresstand lag auch die Gruppenziffer für Verkehr, und zwar als Folge wesentlich gesteigerter Prämien für die Autohaftpflichtversicherung, höherer Ansätze für den Autoservice sowie leicht höherer Benzinpreise. Nach Herkunft erhöhte sich das Preisniveau bei den Inlandgütern um 0,3 und bei den Importgütern um 1,3 Prozent.

Zürcher Kantonsrat für autofreie Sonntage

Zürich (AP) Die Zürcher Kantonsregierung muss eine Ständesinitiative für die Einführung von zwölf autofreien Sonntagen prüfen. Eine entsprechende Einzelinitiative ist am Montag morgen vom Zürcher Kantonsrat (Legislative) mit 61 Stimmen vorläufig unterstützt worden; nötig gewesen wären 60 Stimmen.

In der Debatte war die Einführung autofreier Sonntage als «wichtiger Anstoss für einen Umdenkungsprozess» bezeichnet worden, von dem kaum wesentliche Auswirkungen auf die Luftqualität zu erwarten seien. Die Gegner bezeichneten eine derartige Massnahme als unzulässigen Eingriff in die persönliche Freiheit; zudem sei mit einer grossen Zahl von Ausnahmegewilligungen zu rechnen, dass sie kaum wirkungsvoll sein würde.

Autofrei: Grünes Narrentreiben!

Zürich (spk) Die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative für 12 autofreie Sonntage durch 61 Zürcher Kantonsräte hat nach Meinung der «Auto-Partei» keine gravierende politische Bedeutung. Wie die Partei am Montag bekanntgab, «gehören derartige Eskapaden zum grünen Narrentreiben der Gegenwart». Die Auto-Partei habe «alles Verständnis für die Sozialisten, die Migros-Partei und die Evangelischen, da diese Gruppierungen heute ein neues politisches Tummelfeld suchen müssen».

Kamera-Sonderangebote
(amtl. bew. v. 9.-21. Februar)



Im Städtle Markt · 9490 Vaduz · Telefon 075/2 80 47

Kommt der Selbstbehalt bei den Krankenkassen?

Die Regierung versucht schon seit Jahren die Kostenexplosion im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen

Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen überschritt schon vor etlichen Jahren auch unsere Landesgrenzen. Seit geraumer Zeit versucht die Regierung der Öffentlichkeit zu erklären, dass sie im Begriff sei, die stetig steigenden Kosten im Sozialbereich in den Griff zu bekommen. Auch der neue Ressortinhaber für das Sozialwesen, Regierungsrat Dr. Peter Wolff, der von seinem stets optimistischen, aber ausgesprochen glücklosen Vorgänger eine schwere Hypothek übernommen hat, möchte zur Stabilisierung der staatlichen Aufwendungen beitragen.

Amtsvorgänger Dr. Egmond Frommelt, der dem Landtag mehr als einmal das Ende der scheinbar unaufhaltsam steigenden Gesundheitskosten in Aussicht stellte, um sich nachträglich wieder korrigieren zu müssen, liess ein 14-Punkte-Programm von Experten ausarbeiten. Dieses Programm, das die Ursachenbekämpfung in den Vordergrund stellen wollte, um zu «einer entscheidenden Eindämmung der Kostenentwicklung» beizutragen, liegt auch heute noch als Leitfaden vor. Wie Regierungsrat Wolff vor kurzem vor der Presse versicherte, soll es auch in Zukunft als Richtschnur für die Bekämpfung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen dienen.

Vernehmlassung Krankenversicherung

Bereits im Dezember 1985 (oder besser gesagt: erst im Dezember 1985) fasste die Regierung den Beschluss, nach Vorliegen einer Vernehmlassung über die Abände-

rung des Krankenversicherungsgesetzes den überarbeiteten Gesetzesentwurf im Jahre 1986 dem Landtag zur Bearbeitung und Genehmigung zu unterbreiten. Die Neuwahl des Landtags und der Regierung verhinderten offensichtlich eine rasche Zuleitung des Gesetzesentwurfs an den Gesetzgeber. Jedenfalls über neue Massnahmen zur Eindämmung der stark gestiegenen Krankenkosten zu entscheiden. Dafür aber legte die Regierung mit dem Budget 1987 eine neue Rekordsumme für die Krankenkassen als Staatsbeitrag vor, die der Landtag ohne Widerrede genehmigte.

Staatsbeitrag auf 10 Millionen gestiegen

Nachdem die effektiven Aufwendungen in Form staatlicher Beiträge an die Krankenkassen im Jahre 1985 noch 9,3 Mio. Fr. betragen hatten, und damit etwas unter den budgetierten 9,5 Mio. Fr. lagen, setzte die Regierung für 1986 das Budget mit 9,9 Mio. Fr. fest. Und im laufenden Jahr sollen 10 Mio. Fr. ausgegeben werden. Der frühere Sozialminister, der Jahr für Jahr in vollem Ernst verkündete, man habe nun die Kostenexplosion «im Griff», wird nun allein schon durch die Budgetzahlen widerlegt. Ob es seinem Nachfolger gelingen wird, das ab-

gegebenen Versprechen einzuhalten, wird sich weisen.

14-Punkte-Programm mit Schwerpunkten

Aus dem 14-Punkte-Programm, das recht umfassende Massnahmen zur Kostendämmung vorsieht, hat die Regierung - wie aus dem Rechenschaftsbericht 1985 hervorgeht - einige Schwerpunkte herausgegriffen. Diese sollen in erster Linie die Kostenseite beeinflussen: So wurde vorgeschlagen, die gesetzliche Leistungspflicht der Krankenkassen für spitalexterne, also hauspflegerische Leistungen zu erweitern, da kleinere medizinische Einrichtungen durch die Gemeindegemeinschaften (im Gegensatz zu einem Spitalaufenthalt) kostengünstiger seien. Zur Diskussion stand auch die Wiedereinführung eines Selbstbehaltes, wodurch der Versicherte an den Kosten für einen Krankheitsfall beteiligt wäre. Aber auch an eine detaillierte Abrechnung durch die Krankenkassen wurde gedacht, um das Kostenbewusstsein der Patienten zu stärken. Ein weiterer Schwerpunkt stellt eine vertragliche Abmachung zwischen dem Ärzteverein und dem Krankenkassenverband dar, womit der Regierung die Einflussnahme auf die Tarifgestaltung «im ambulanten Bereich für technisch-apparative Leistungen und Laborleistungen im Praxislabor des Arztes» ermöglicht würde. Vorschläge sind vorhanden, nun müssten sie noch umgesetzt werden. (G.M.)

Spende Blut. Rette Leben.

BiL: Neue PS-Ausgabe und Optionsanleihe

Bank in Liechtenstein erhöht PS-Kapital - Heute Präsentation mit Bankverein in Zürich

Der Verwaltungsrat der Bank in Liechtenstein Aktiengesellschaft (BiL), Vaduz, hat am 6. Februar 1987 beschlossen, das Partizipationsscheinkapital um 123 625 000 Franken durch Ausgabe von 123 625 Partizipationsscheinen von je 100 Franken Nennwert zu erhöhen. Dieser Beschluss ist auf Ermächtigungen der ausserordentlichen Generalversammlungen vom 1. September 1986 und 27. Januar 1987 gestützt. Das PS-Kapital beträgt nach dieser Erhöhung 59 612 500 Franken.

Den bisherigen Aktionären und Inhabern von Partizipationsscheinen werden die neuen Titel in der Zeit vom 12. bis 18. Februar 1987, mittags, zum Preis von 1400 Franken angeboten. 20 Inhaberaktien bzw. Partizipationsscheine berechti-

gen zum Bezug eines neuen Partizipationsscheines von 100 Franken Nennwert, dividendenberechtigt ab 1. Januar 1987. Die Emissionsabgabe von 3 Prozent geht zu Lasten der Bank in Liechtenstein AG. Als Zeichnungsstellen treten neben der Bank in Liechtenstein AG der Schweizerische Bankverein und Lombard Odier & Cie. auf.

Ferner beschloss der Verwaltungsrat, eine 2-Prozent Optionsanleihe von 100 Millionen Franken aufzulegen, deren Erlös zur weiteren Finanzierung des Aktivgeschäftes dient. Das unter der Leitung des Schweizerischen Bankvereins stehende Bankenkonsortium hat die Anleihe, die eine Laufzeit von zehn Jahren aufweist, fest übernommen und wird sie zum

Emissionspreis von 100 Prozent zur öffentlichen Zeichnung vom 12. bis 18. Februar 1987, mittags, anbieten. Je 5000 Franken nominal der Optionsanleihe sind mit zwei Optionsscheinen versehen. Jeder Optionsschein berechtigt in der Zeit vom 10. März 1987 bis 30. Juni 1991 zum Erwerb eines Partizipationsscheines von je 100 Franken nominal der Bank in Liechtenstein zum Preise von 2050 Franken je Partizipationsschein.

Heute Dienstag, den 10. Februar 1987 findet im Zusammenhang mit der PS-Kapitalerhöhung und der Optionsanleihe eine Präsentation der Generaldirektion des Schweizerischen Bankvereins und der Geschäftsleitung der Bank in Liechtenstein AG, in Zürich statt.



Auslieferung der Baronin von Thyssen an die Schweiz verlangt

Meilen/Bern/Vaduz (AP) Die Schweiz verlangt die Auslieferung der im Fürstentum Liechtenstein inhaftierten Baronin Denise von Thyssen (unser Bild). Wie der zuständige Bezirksanwalt Christian Crasemann in Meilen (ZH) auf Anfrage sagte, wurde das Begehren am Montag auf den Instanzenweg geschickt. Es soll demnächst in Bern dem fürstlichen Botschafter in der Schweiz, Prinz Heinrich von Liechtenstein, übergeben werden.

Die 46jährige Baronin war am vergangenen Freitag im «Ländle» auf Begehren der Schweizer Behörden verhaftet worden (siehe VOLKSBLATT von gestern). Sie wird der Veruntreuung und der Verfügung über gepfändete Sachen gemäss Artikel 147 des Strafgesetzbuches verdächtigt, wie Jörg Kistler, der Pressesprecher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD), erklärte. Crasemann bezifferte den Deliktsbetrag auf mehrere Millionen Franken.

Der Bezirksanwalt bestätigte, das Auslieferungsbegehren stehe im Zusammenhang mit einer Millionenvereinbarung, die anlässlich der Scheidung der Baronin von Baron Heinrich von Thyssen-Bornemisza ausgehandelt wurde; der Baron gilt als reichster Schweizer Privatmann. Denise von Thyssen, die Tochter eines brasilianischen Bankiers, war die vierte Frau des Barons. Die Ehe wurde nach 17 Jahren Ende 1984 geschieden. Bei der Scheidung verlangte die Frau laut Presseberichten zwei Milliarden Franken Abfindung, soll aber nur 200 Millionen Franken zugesprochen erhalten haben.

Crasemann erwartet die Auslieferung der Baronin in den nächsten Tagen, «sofern sie damit einverstanden ist und die liechtensteinischen Behörden die Begründung des Auslieferungsgesuchs als ausreichend betrachten». Sollte die Baronin gegen die Auslieferung Einsprache erheben, könnte sich das Verfahren jedoch über längere Zeit hinziehen, meinte er.

US-Gäste blieben im Sommer 1986 aus

Der Rückgang des Fremdenverkehrs in der Sommersaison 1986 in unserem Land ist mehr oder weniger auf das Ausbleiben von Gästen aus allen registrierten Staaten zurückzuführen. Bei den Gästeankünften ergaben sich ein Rückgang von 14,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, bei den Übernachtungen wurde eine Reduktion von 9,5 Prozent festgestellt. Im besonderen entfallen diese Rückgänge auf die erheblichen niedrigeren Zahlen der Gäste aus den USA.

In der Sommersaison 1986 kamen noch 7211 Gäste aus den USA in unser Land. Das ist im Vergleich zum Vorjahr, als 14 367 US-Gäste registriert wurden, ein Rückgang um rund 50 Prozent. Allerdings ist zu bemerken, dass die Sommersaison 1985 eine Rekordzahl von amerikanischen Gästen aufwies, doch liegt das Ergebnis von 1986 immer noch um gut 20 Prozent unter dem Mittel der Jahre 1980-1984.



Koalitionspoker in der Bundesrepublik Deutschland

(Copyright Cosmopress)